„Kliniken verfolgen weiterhin Fusionsziel“

Stadt als Träger widerspricht Klinikums-Geschäftsführung.

■ **Gütersloh** (raho). Die Aussagen der Spitzenvertreter des Klinikums Gütersloh waren klar: Wir werden nach anderen Partnern Ausschau halten, hieß es am Freitag in der Pressekonferenz zum Jahresrückblick. Dabei wurde auch gesagt, wohin der Blick gerichtet werden sollte: nach Bielefeld. Beim Träger, der Stadt Gütersloh, ist man davon offenbar kalt erwischt worden.

In einer Mitteilung hieß es gestern schriftlich: „Die Stadt Gütersloh tritt dem durch Medienberichte am vergangenen Wochenende vermittelten Eindruck, das Klinikum Gütersloh halte nach anderen Partnern Ausschau, entschieden entgegen.“

In einer Sitzung der Sondierungsgruppe mit Vertretern des St.-Elisabeth-Hospitals, des Klinikums und der Stadt Anfang Januar sei vielmehr verabredet worden, noch einmal auf allen Wegen auszuloten, ob die kartellrechtlichen Bedenken gegen eine Fusion der beiden Krankenhäuser nicht doch noch ausgeräumt werden könnten. Übereinstimmend halte man die Fusion der beiden Gütersloher Häuser für die Patienten in der Stadt und im Kreis Gütersloh für die medizinisch und wirtschaftlich beste Lösung.

„Gemeinsam wurde verabredet, erst dann gegebenenfalls nach anderen potenziellen Partnern Ausschau zu halten, wenn absolut keine Chance auf eine Fusionslösung mehr gesehen wird. Wann und auf wen dann gegebenenfalls zugegangen werden soll, bestimmt für die kommunale Seite der Rat der Stadt“

Zwar hatten sich Vertreter beider Träger auf eine Fusion des Klinikums mit dem St.-Elisabeth-Hospital verständigt. Doch auf eine informelle Anfrage hin erteilte das Bundeskartellamt dem Zusammenschluss eine klare Absage. Dadurch würde eine Monopolstellung entstehen, die Patienten hätte keine ausreichende Möglichkeit, auf andere Häuser im Umfeld auszuweichen. Diese Haltung hatte bei allen Beteiligten Kopfschütteln und Ratlosigkeit hervorgerufen.

Heizung schon wieder ausgefallen

■ **Gütersloh** (ost). Die verbliebenen Mieter in dem Haus Dresdner Straße 55 in Blankenhagen beklagen sich über anhaltende Schikane. Seit Freitag müssten die Bewohner wieder ohne Heizung und Warmwasser auskommen, berichtete einer der Mieter am Montagabend. „Es ist ganz klar, dass man versucht, uns hier hinauszudrängen“, so Jack Malki.

Der junge Familienvater hält dem neuen Hauseigentümer DMI vor, sich nicht um diese Zustände zu scheren. Am Freitag seien zwar Techniker im Haus gewesen, doch kurz danach sei die Heizung erneut ausgefallen. DMI ist ein Personaldienstleister für den Fleischkonzern Tönnies.

Den Behauptungen von DMI, das Haus werde für normale Wohnzwecke umgebaut, schenke man in Blankenhagen laut Malki wenig Glauben. Im Nachbargebäude, einer Fleischerunterkunft, werde anderes erzählt.

Mehrere Transporter aufgebrochen

■ **Gütersloh**. Zwischen Sonntagabend und Montagmorgen wurden laut Bericht der Polizei mehrere Transporter aufgebrochen. An einem VW Transporter an der Bohlenstraße wurde die Heckscheibe eingeschlagen. Aus dem Wagen wurden Werkzeuge entwendet. Ebenso gingen Täter einen geparkten VW Transporter und einen Citroen Jumper am August-Schätzlein-Weg an. Zudem wurde die Heckscheibe eines Nissan Europe am Grenzweg und die eines VW Transporters am Ohlbrocksweg eingeschlagen und das darin befindliche Werkzeug entwendet. Zeugenaussagen erbittet die Polizei unter Tel. (0 52 41) 86 90.

„Baumaufsicht“ für bedrohte Kastanien

■ **Gütersloh** (raho). Sie stehen noch. Die vier Kastanien vor dem Rathaus, die wegen des Umbaus der Berliner Straße gefällt werden sollen, haben immerhin Tag eins der Baustelle überstanden. Damit da ja nichts passiert, hatten Umweltschützer eine „Baumaufsicht“ platziert. So stand es jedenfalls auf einem Pappplakat des Trios, das wachsam die Baustelleneinrichtung verfolgte. Schon gestern Mittag standen fast lückenlose Absperrungen und waren Bagger samt Schaufelrepertoire abgeladen, so dass heute richtig losgelegt werden kann.

Umweltschützer bewachen die Bäume am Rathaus. FOTO: RAINER HOLZKAMP

Die Verwaltung teilte auf Anfrage mit, dass auch heute die Kastanien nicht angerührt werden. Überhaupt stehe der Termin der Fällung – gegen die Umweltschützer Sturm laufen – nicht fest.

Heute sind die Kastanien Thema im Planungsausschuss. Die Fraktion der Bündnisgrünen hat dazu eine Anfrage gestellt. Unter anderem wollten die Grünen wissen, in welchem Zustand die Bäume sind und ob sie begutachtet wurden. Außerdem wird gefragt, wie viele Pkw-Stellplätze an der Berliner Straße ohne die Fällung angelegt werden können und wie viele zusätzliche Parkplätze durch die Fällung dort geschaffen werden. Die Fragen stehen wie alle weiteren erst fast am Ende der Tagesordnung.

Die strahlende Gefahr

Weil das öffentliche Bewusstsein für radioaktive Unfälle gesunken ist, möchten drei Gütersloher ein Netz von privaten Messstationen aufbauen. Inklusive selbst gebauten Geigerzählern.

Oliver Herold

Mit dieser auf einer Kabelabdeckung montierten Technik messen Felix Kuperschmidt, Kurt Gramlich und Bernd Zeitzen (v.l.) radioaktive Strahlung. Über einen Funkchip werden die Daten ins Netz übertragen. FOTO: ANDREAS FRÜCHT

■ **Gütersloh.** Dass der Ernstfall eintritt, mag statistisch gesehen gering sein, doch was, wenn der atomare Super-GAU nach Tschernobyl und Fukushima noch einmal passiert, diesmal vielleicht in einem Atomkraftwerk in Frankreich oder ganz nah, in Grohnde? Was, wenn ein mit radioaktiven Stoffen beladener LKW auf der Autobahn verunglückt oder innerorts, auf der B61? Wer warnt die Bevölkerung und wie schnell? Reicht die Zeit für Schutzmaßnahmen oder zur Evakuierung?

Fragen, mit denen sich auch drei Gütersloher um den Umweltaktivisten Kurt Gramlich beschäftigen. Weil sie nicht überzeugt sind, dass im Falle eines Falles auf die Behörden Verlass ist und alles reibungslos läuft, soll nun ein Netz selbst gebauter Geigerzähler flächendeckend die vorhandenen Messstationen des Bundes ergänzen. Die Kosten für einen solchen Radioaktivitätsmesser lägen bei knapp 50 Euro, alle Bauteile seien über das Internet bestellbar. Über den eigenen WLAN-Router oder über Freifunk werden die Daten dann zu einem Server nach Stuttgart übertragen, wo sie online gestellt und überwacht werden. Einen Workshop zum Thema soll es schon bald geben, doch dazu später mehr.

21 Betriebe im Kreis arbeiten mit radioaktiven Stoffen

Man wolle keine Panik verbreiten, aber das Bewusstsein der Bevölkerung für die Gefahr eines radioaktiven Unfalls schärfen, betonen Kurt Gramlich (68), Bernd Zeitzen (61) und Felix Kupferschmidt (52). Völlig aus der Luft gegriffen sind ihre Befürchtungen nicht: Denn mit Grohnde und dem AKW Emsland liegen zwei Atomkraftwerke weniger als 60 Kilometer von Gütersloh entfernt, zudem arbeiten 21 Betriebe im Kreis mit radioaktiven Stoffen, entweder für medizinische oder für technische Zwecke. Zudem werden am Klinikum Gütersloh radioaktive Stoffe im Medizinischen Versorgungszentrum für Nuklearmedizin eingesetzt, sagt Sprecherin Marie-Kristin Schönknecht.

Die Stoffe hätten allerdings nur eine Halbwertszeit von sechs Stunden, verwendete Utensilien wie Spritzen würden in strahlungsdichten Behältern gelagert, die nach Abklingen der Strahlung über die Landessammelstelle in Jülich und dann über das Endlager des Bundes entsorgt würden.

Welche 21 Unternehmen im Kreis darüber hinaus radioaktive Stoffe verwenden, wollte Andreas Mosecke, Sprecher der Bezirksregierung Detmold, aus Datenschutzgründen nicht sagen, versicherte aber, dass die Bezirksregierung, die die Aufsicht über diese genehmigten Betriebe wahrnimmt, regelmäßig kontrolliere, ob die gesetzlichen Regelungen und Vorschriften eingehalten werden.

„Man fragt sich schon, was eigentlich passiert, wenn ein Transport mit solchen Materialien verunglückt oder aus einem AKW Radioaktivität austritt. Sind dann die drei Messstationen, die das Bundesamt für Strahlenschutz im Kreis Gütersloh in Hollen, Harsewinkel und Halle betreibt, ausreichend?“, fragen Gramlich, Zeitzen und Kupferschmidt. Und selbst wenn – wer garantiere, dass im Ernstfall die Bevölkerung rechtzeitig informiert wird?

Die drei Umweltschützer verweisen auf eine Katastrophenschutzübung von Bund und Ländern im September 2013, bei der eine Reaktorkatastrophe im AKW Emsland simuliert wurde. Die Ergebnisse waren derart katastrophal, dass sie geheimgehalten wurden. Erst nachdem ein Journalist der TAZ auf Veröffentlichung klagte, offenbarte sich das ganze Szenario: Obwohl die 200 Mitarbeiter wussten, dass es sich um eine Übung handelt, waren sie komplett überfordert oder verstrickten sich in Kompetenzgerangel.

Bevor die Bevölkerung gewarnt werden, geschweige denn betroffene Gebiete evakuiert oder Jodtabletten ausgeteilt werden konnten, wäre die radioaktive Wolke schon seit Stunden über Gütersloh hinweggezogen. „Was das für die Bevölkerung bedeutet, mag man sich gar nicht vorstellen“, sagt Gramlich.

Zudem berge der Transport radioaktiver Stoffe auf Straße und Schiene ein nicht zu unterschätzendes Risiko, es sei gar ein „verantwortungsloser Umgang“ zu beobachten. Erst Anfang Dezember 2019 rückten Aktivisten diesen wieder in den öffentlichen Fokus, indem sie einen Transport mit Uranmüll der Firma Ureenco in Gronau blockierte, der auf dem Weg nach Russland gewesen sei. Der Zug habe radioaktiven Müll vom Münsterland über das Ruhrgebiet und die Niederlande bis nach Amsterdam und dort per Schiff nach St. Petersburg transportiert, laut Gramlich sollen demnächst weitere zehntausende Tonnen dorthin gebracht werden. „Und das ist nur das, was wir wissen, wer weiß, was hier sonst noch so durch die Gegend fährt.“

Wie vorbereitet ist also der Kreis Gütersloh? Passiert ein Unfall, würden die allgemeinen Schutzkonzepte des Landes NRW auch im kerntechnischen Notfallschutz Anwendung finden, erläutert Kreissprecher Jan Focken. NRW verfüge über ein ABC-Schutzkonzept, auf dessen Grundlage auch im Kreis Gütersloh bei den Feuerwehren eine ABC-Einheit aufgestellt worden sei, die im Schadensfall nukleare Belastungen messe sowie kontaminierte Personen, Fahrzeuge und Geräte dekontaminieren könne. Entsprechende Übungen, bei denen Unfälle mit radioaktivem Material simuliert werden, gebe es regelmäßig.

Dadurch sei sichergestellt, dass sich bei den Kreisfeuerwehren immer ausgebildete Fachleute befinden, so Focken. Im Fall eines Atomunfalls würden beim Kreis ein Krisenstab und eine Einsatzleitung eingerichtet, zudem gebe es eine örtliche Einsatzleitung. Jodtabletten, die im Fall einer radioaktiven Kontamination überlebenswichtig sind, seien zentral und in ausreichendem Maße für das komplette Kreisgebiet gelagert. Wo das ist, wie und in welcher Zeit diese die betroffenen Menschen erreichen, bleibt offen.

Gütersloher Geigerzähler misst seit Dezember

Solche Antworten sowie die katastrophale Katastrophenübung von 2013 und die Transporte radioaktiver Stoffe auf Schiene und Straße untermauern nur das Misstrauen der drei Gütersloher gegenüber den Behörden – womit wir zum eingangs erwähnten Geigerzählerprojekt zurückkommen. Durch Zufall sei Gramlich Ende letzten Jahres auf die Internetseite *https://github.com/ecocurious/MultiGeiger* der Gruppe Ecocurious – zu deutsch: die Ökoengagierten – aus Freiburg gestoßen, einer Gruppe, die sich aus Mitgliedern des Chaos Computer Clubs zusammensetzt und Workshops zum Bau von Geigerzählern anbietet. Gramlich und Kupferschmidt seien spontan hingefahren und mit einem selbst gebauten Gerät zurückgekommen. „Man glaubt nicht, wie einfach das ist“, sagt Gramlich.

Sein Geiger-Müller-Zähler, der seit Dezember von seinem Garten aus Daten an die Adresse *https://multigeiger.citysensor.de/36953* sendet, wo diese und die anderer Stationen auf einer Open-Street-Map zu finden und zu beobachten sind, besteht aus einer Platine mit wenigen Mikroelektronik-Bauteilen. Die Stromversorgung übernehme ein Handynetzteil, ein Funkchip versendet die gesammelten Daten via WLAN. Das entscheidende Zählrohr Si22G sei ein hochsensibler Detektor für Gamma-Strahlung, der ursprünglich für das sowjetische Militär hergestellt wurde und legal über das Internet erworben werden könne. Das Ganze wird auf einer Kabelabdeckung montiert, damit es anschließend in einem Rohr wassergeschützt Daten sammeln kann. Alles zusammen koste ein solcher selbst gebauter Geigerzähler rund 50 Euro. Voraussetzung für eine Messstation sei idealerweise ein eigener Garten oder eine Wiese, damit das Gerät korrekte Ergebnisse liefern kann. Diese werden mit Hilfe freier Software in Mikro-Sievert umgerechnet, mit der man den Grad der radioaktiven Strahlung bestimmen kann.

„Mir ist sehr wichtig, dass solche Initiativen nur wegen der Verwendung von freier Software möglich sind. Wir können die Chips selbst programmieren und haben so die Kontrolle, was die Software wirklich macht“, sagt Gramlich. Alles sei frei zugänglich, auch die Baupläne für den Geigerzähler. Natürlich soll seine unabhängige Messstelle für Radioaktivität nicht die einzige in der Region bleiben, schon bald könnte es ein ganzes Netz geben. Gramlich, Kupferschmidt und Zeitzen arbeiten schon daran. Im März soll es einen ersten Workshop zum Thema geben, den Termin wolle man zeitnah mitteilen.

So sieht der Geigerzähler in Nahaufnahme aus. Wichtigstes Teil ist das silberne Zählrohr vom Typ Si22G, das in den 1980er Jahren für das sowjetische Militär gebaut wurde.